

Bezugspreis:
Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M.
frei ins Haus, wozu zahlbar.
Postbezug: Monatlich 10.- M., einjährig 100.- M.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komposition
kostet 3,30 M.
kleine Anzeigen
das Setzgedruckte Wort 1,50 M.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 27. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Unzufriedenheit mit Sforza.

In Deutschland steht man dem italienischen Außenminister Sforza nur mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Die Art und Weise, wie er die oberschlesische Frage unter Umgehung des Abstimmungsergebnisses zu lösen versuchte, hat aufs äußerste befremdet.

Nach all dem was es recht interessant zu erfahren, wie sich die italienische Kammer zu der Außenpolitik Sforzas stellt. Es war schon vorher bekannt, daß man mit seiner Außenpolitik in Frankreich zufriedener war als in Italien selbst.

Schwache Kammermehrheit für Sforza.

Rom, 27. Juni. (WIB.) In der Kammer brachten nach Abschluß der Debatte über die Antwort auf die Thronrede Turati (gem. Soz.) und Genossen folgende Tagesordnung ein:

Die Kammer erklärt sich entschieden als Gegner des Programms und der Haltung der Regierung sowohl in der Außenpolitik wie in der Innenpolitik, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und geht damit zur Tagesordnung über.

Rom, 27. Juni. (WIB.) Nachdem Graf Sforza in seiner Rede in der Kammer das oberschlesische und das Orientproblem besprochen hatte, dementierte er, daß Montenegro in Rapallo ein Tauschobjekt war, und erklärte, daß weder in Rapallo noch sonstwo selber die montenegrinische und die albanische Frage erörtert worden sei.

Die Politik der sozialistischen Fraktion.

Rom, 27. Juni. (CP.) Der gemäßigtere Sozialist Turati wurde in der Kammer mit großer Aufmerksamkeit angehört und fand bei allen Parteien Beifall, als er dem Wunsch Ausdruck gab, daß sowohl die Sozialisten als auch die Faschisten die gegenseitigen blutigen Kämpfe einstellen, um dem Lande eine ruhigere Entwicklung zu geben.

Giolitti erklärte in Erwiderung auf die Ausführungen der vorübergehenden Redner, nach dem Proportionalwahlsystem müßten die Ministerien aus Männern mehrerer Parteien zusammengesetzt sein. Zweimal habe er in der Vergangenheit die Sozialisten aufgefordert, an der Regierung teilzunehmen; wenn in der Zukunft ein Abkommen mit den Sozialisten zustande käme, so würde es auf einer festumschriebenen Grundlage sein.

Herabsetzung der amerikanischen Armee.

Paris, 27. Juni. (E.) Der amerikanische Staatssekretär für Kriegsangelegenheiten kündigt offiziell an, daß die amerikanische Rheinarmee am 1. Oktober von 12 000 auf 5500 Mann verringert werden solle. Diese Herabsetzung sei durch die Entscheidung des Kongresses bedingt, wonach die Truppenzahl des amerikanischen Heeres auf 150 000 Mann herabzubringen sei.

Spernung der Rheinschiffahrt.

Weil Foch manövriert.

St. Goar, 27. Juni. (Z.) („Frankfurter Zeitung.“) Die Pioniertruppen der französischen Rheinarmee halten vom 16. bis 23. August bei St. Goar Übungen ab. Für bestimmte Tage ist die Rheinschiffahrt wegen der Übungen gesperrt. Die Schiffe und Schleppfähnen müssen auf der Bergfahrt mindestens einen Kilometer unterhalb und bei der Talfahrt mindestens zwei Kilometer oberhalb der Übungsstelle vor Anker gehen.

Ententenote an Ungarn.

Wien, 27. Juni. (Z.) Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, haben die Ententemächte an Ungarn eine Note gerichtet, in welcher die ungarische Regierung aufgefordert wird, darauf zu achten, daß bei der Wäumung des westungarischen Gebietes, das Österreich zugesprochen ist, keinerlei Ausschreitungen stattfinden. In der Note wird Ungarn gewarnt, einen etwaigen Versuch, sich der Vollziehung des Friedensvertrages von Trianon zu widersetzen, zu unterstützen.

Englisch-irische Verhandlungen?

London, 27. Juni. (Reuter.) Lloyd George hat an den Präsidenten der Irischen Republik Devalera ein Schreiben gerichtet, in dem Devalera und seine Parteigenossen unter Gewährung freien Geleites eingeladen werden, nach London zu kommen, um dort mit dem Premierminister von Nordirland, Sir James Craig, jede Möglichkeit einer Lösung der irischen Frage zu prüfen.

Griechenland will den Krieg.

Paris, 27. Juni. Griechenland hat den Alliierten mitgeteilt, es könne die Offensive in Kleinasien nicht mehr aufschieben. Die ablehnende griechische Note drückt den Dank für die Bemühungen der alliierten Mächte aus, weist aber ihre Hilfe höflich und bestimmt zurück. Es wird auf die militärische Notwendigkeit und die Rechte des griechischen Volkes in Kleinasien hingewiesen.

Wahl zum Reichsrat.

Kiel, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts.“) Am Sonnabend nachmittag nahm der Provinzialausschuß für Schleswig-Holstein die Wahl des Reichsratsabgeordneten vor. Gewählt wurde der ehemalige nationalliberale Landtagsabgeordnete Brauer-Reißer Dr. Schifferer und als sein Vertreter der Landwirt Tonnes-Garbing-Land. Beide gehören der sogenannten „Wiederaufbaupartei“ an.

Was man im Rheinland nicht lesen darf. Die Rheinland-Kommission hat die Zeitschrift „Der wahre Jakob“ vom 20. Juni ab auf drei Monate für die besetzten rheinischen Gebiete verboten.

Krieg zwischen Rußland und Japan? Der „Daily Telegraph“ meldet, daß Lichtschwin den Kriegszustand zwischen Rußland und Japan erklärt habe. — Die Sowjetregierung beschuldigt bekanntlich die japanische Regierung, den Eroberer von Biadivostok Semenoff, der in Sibirien eine östliche Republik errichten will, unterstützt zu haben.

Hüter der Goldwerte.

Helfferich und Westarp.

Die Nachricht, daß man sich im Reichswirtschaftsministerium mit einem Plan beschäftige, den Besitz in neuen Formen zur Erfüllung der Reparationspflichten mitheranzuziehen, hat in der Deutschnationalen Partei sofort den Zustand höchster Alarmbereitschaft hervorgerufen.

Wenn man jetzt liest, wie Graf Westarp in der „Kreuzzeitung“, Helfferich in der „Deutschen Tageszeitung“ mit einer wahren Wut losstürzen, um den Gedanken der Besteuerung der Goldwerte schon im Keim zu ersticken, so wundert man sich doch ein wenig über eine solche Sorte von Führerschaft.

Ueber die Besteuerung der Goldwerte oder die Beteiligung des Reichs am wirtschaftlich werdenden Vermögen ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, ein Entwurf liegt noch nicht vor, jede Kritik an Einzelheiten ist also verfrüht.

Eine Beteiligung des Reiches an diesem Vermögen und ihrer vorauszu sehenden Wertsteigerung hat nicht nur den Vorteil, die laufenden Einnahmen zu vermehren, sondern sie schafft dem Reich auch Reserven, auf die im äußersten Notfall zurückgegriffen werden kann.

Graf Westarp schreibt in der „Kreuzzeitung“: Es handelt sich um den Raub des deutschen Volkvermögens und Betriebskapitals durch die zur Vernichtung Deutschlands und zur Verflauung des deutschen Volkes nach wie vor fest entschlossenen Feinde.

Dazu ist sachlich zu bemerken, daß niemand daran denkt, die zu schaffenden Reichsanteile einfach der Entente auszuliefern. Das Ziel ist selbstverständlich, die Ansprüche der Gläubiger aus laufenden Einnahmen zu befriedigen. Es kann jedoch ein Augenblick eintreten, in dem zu überlegen ist, ob das Reich einen Teil seines Anteils am Volkvermögen flüssig machen soll, um eine Zwangsversteigerung zu vermeiden, oder ob es besser ist, diese Zwangsversteigerung über sich ergehen zu lassen.



Die Wichtigkeit dieser Auffassung müßte selbst von denen gegeben werden, die ihre deutsch-nationale Bestimmung mit einem Rest von Ueberlegung zu vereinigen wissen. Denn die reale Macht des Deutschen Reichs kann unmöglich dadurch gestärkt werden, daß man das Reich so rasch wie möglich zahlungsunfähig macht und den Feinden, die doch auf den Augenblick dieser Zahlungsunfähigkeit lauern, um ihren Vernichtungswillen ungehindert zu betätigen, das Spiel erleichtert. Obgleich läuft die sogenannte deutsch-nationale Politik, die dem Reich die Mittel zur Herstellung seiner Zahlungsfähigkeit verweigert, gerade auf Landesverrat hinaus.

In der „Deutschen Tageszeitung“ sucht Helfferich den Grafen Westary am Demagogie noch zu übertreffen, indem er versichert, die Heranziehung der Goldwerte bedeute gar nichts anderes als „radikale Durchführung des kommunistischen Expropriationsprogramms“. Selbst den Anhängern des Herrn Helfferich dürfte es schwer fallen, bei diesem Versuch, die gegenwärtige Reichsregierung als Untergebene der KPD-Zentrale hinzustellen, noch einigermaßen ernst zu bleiben. In solcher Weise dem Instinkt der besitzenden Klasse die Fäden schiefen zu lassen, der in jedem Anspruch des Reichs auf ihre Finanzkraft schon „Kommunismus“ oder „Volkswirtschaft“ sieht, ist für den Führer einer postkristlichen Partei doch etwas unvorsichtig. Und komisch geradezu wirkt es, wenn die beiden deutsch-nationalen Helden, die so freigebig in der Verwendung irreführender Schlagworte sind, dem Reichskanzler und dem Reichsgeschichtamt vorwerfen, sie führten ihren Kampf mit bloßen Schlagworten.

Die Sache liegt eben gerade umgekehrt. Jede ihrer Verantwortung bewusste Regierung wird ihr Neuestes leisten müssen, um von Deutschland die Gefahren abzuwenden, die ihm von der Nichterfüllung seiner auswärtigen Verpflichtungen drohen. Keine wird aus Angst vor dem Geldsak und der demagogischen Propaganda, die dieser zu seinem Schutze führen kann, von einer ernstlichen Inanspruchnahme der besitzenden Klassen zurückschrecken dürfen. Die Beteiligung des Reichs am privatwirtschaftlichen Volkvermögen ist eine im Reichs- und Volksinteresse nicht zu vermeidende Naturnotwendigkeit. Ueber die Art ihrer Ausführung wird noch zu sprechen sein. Diejenigen aber, die diesen Gedanken von der Schwelle abweisen und ihn durch verlogene Schlagworte wie „Raub zugunsten der Entente“ oder „kommunistische Expropriation“ totzuschlagen versuchen, haben kein Recht mehr, sich national zu nennen. Eine Partei, die in der höchsten Not des Landes nur daran denkt, sich bei denen Verblüdet zu machen, die haben aber nicht geben wollen, mag sich selber eine „Volkspartei“ heißen, sie zieht einen Trennungsstrich zwischen sich und dem Volk. Der Name „Deutsch-nationale Volkspartei“ ist eine doppelte Lüge. Wir können es nur begründen, wenn die Führer dieser Partei durch ihre blödsinnige Verteidigung des Geldsacks selber diese Lüge entlarven und unschädlich machen. Der Reichsregierung aber wünschen wir, daß sie mit Klarheit und Festigkeit das gesteckte Ziel weiter verfolgen möge. Denn nur wenn es gelingt, mit dem schlauesten inneren Feind, der landesverräterischen Selbstsucht, fertig zu werden, wird die sittliche und materielle Wiederaufrichtung möglich sein!

### Ein unverdächtiger Zeuge.

Wie wir bereits im Gewerkschaftsteil meldeten, ist der Vorsitzende des Buchbinderverbandes, Zahlstelle Berlin, Peter Kaspar, aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden, weil er den Gewerkschaftsaufmarsch mit unterschrieben hat, der die Vorgänge im Gewerkschaftshaus anlässlich der Arbeitslosendemonstration verurteilt. Das Verhalten Kaspars hatte seinen guten Grund. Er ist nämlich hals- und ohrenzeuge der Vorgänge gewesen und wußte, daß die Darstellung der „Roten Fahne“, wonach die Gewerkschaftsbeamten die Arbeitslosen angegriffen haben sollen, eine einzige große Lüge war. Kaspar scheint nun noch nicht so weit in die kommunistische Lehre eingedrungen zu sein, um zu wissen, daß ein Mitglied der KPD verpflichtet ist, das Blaue vom Himmel herunterzuschwindeln, wenn es die allmächtige Zentrale befiehlt. Er hatte sogar die Naivität, der „Roten Fahne“ einen wahrheits-

gemäßen Bericht über die Vorgänge zur Verfügung zu stellen und dessen Abdruck zu verlangen. Natürlich hat die „Rote Fahne“ diesen ihr bereits am 23. Juni eingeklangelten Bericht bis heute unterdrückt. Der Bericht erscheint nun in der „Freiheit“. Der Bericht geizt erst die Verlogenheit der „Roten Fahne“, brandmarkt den Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter und führt dann zur Sache folgendes aus:

Die Angestellten der Gewerkschaften haben die Arbeitslosen nicht überfallen. Der behauptete Unsinn, daß Sabath und die anderen „Gewerkschaftsbözen“ mit Eisenstangen, Gummihäppeln und dergleichen auf die Arbeitslosen eingedrungen seien, wird ja bald von der Untersuchungskommission als Schwindel entlarvt werden. Sabath hat, als er sich an das Tor des Gewerkschaftshauses stellte, nicht auf die Arbeitslosen eingehauen, wohl aber haben die Arbeitslosen auf ihn und die anderen

Gewerkschaftsangehörigen, die um Sabath waren, zugeschlagen und versucht, ihn in den Saal des Gewerkschaftshauses zu schleppen. Mitglieder der Gewerkschaften und Angestellte der Verbände — es waren vier oder fünf Personen — suchten Sabath in den Räumen des Restaurants in Sicherheit zu bringen. Daß ein Gewerkschaftsangehöriger von der Schutzwaffe Gebrauch machte, muß unklar sein. Nach meinen Beobachtungen und nach übereinstimmender Aussage aller im Gewerkschaftshaus angestellten Kommunisten ist ein Schuß überhaupt nicht gefallen. Mit Demonstrationen im Restaurant und mit rohen Gewalttaten gegen Angestellte gingen zweifelhaftes Elemente der Demonstranten vor, so daß auch Genossin Rosi Wolfstein, die auf die Demonstranten beruhigend einwirken wollte, am Sprechen verhindert,

als „alte Hege“ bezeichnet und selbst bedroht wurde. Ein KPD-Genosse und Angestellter des Zimmererverbandes, der ebenfalls beruhigend auf die Demonstranten einwirken wollte, auf die notwendige und schwere Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften hinwies und zum Beweis die „Rote Fahne“ nannte, die doch immer schreibe, daß man in den Gewerkschaften bleiben und arbeiten müsse, erhielt zur Antwort: „Ach was, schiß auf die „Rote Fahne“ und gleichzeitig Faustschläge ins Gesicht und aufs Auge, so daß noch jetzt Beulen und blutunterlaufene Stellen ums Auge sichtbar sind. Wie bei diesen schlagfertigen Debatten im Hofe, so zeigte sich auch im Großen Saal des Gewerkschaftshauses die Parole: „Nieder mit den Gewerkschaften“, „Her aus aus den Gewerkschaften“, „Schlagt die Boazen nieder“. Ich suchte mit der Genossin Rosi Wolfstein im Hof und auch im Saal vergebens nach einem verantwortlichen Führer

der Arbeitslosendemonstration, nach einem Mitglied des Komitees der Arbeitslosenräte, welches doch zur Demonstration aufgerufen hatte. Es sprach im Großen Saal, wer Lust hatte und leitete die Versammlung, wer wollte. Einige der Sprecher redeten wie Spiel und Provolatente und hängten sich zum Teil das Mäntelchen der prinzipiellen Einstellung der KPD um, „Nieder mit den Gewerkschaften“. Von anderen Rednern vorgebrachten sachlichen und vernünftigen Erwägungen fanden keinen sonderlichen Beifall, während die

### Kraftworte von Käthy Gutmann.

welche von der Besetzung des Gewerkschaftshauses, dem Herunterholen der Benzinen sprach, im Anschluß daran von der Betriebsbeziehung sprach, mehr Anklang fanden. Es wurde dann auch aus der Mitte der Versammlung Fichtmann und Käthy Gutmann zusammen in eine Kommission gewählt, welche den allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zur Versammlung und zum Sprechen bringen sollte. Fichtmann und Gutmann das ist eine ProgrammEinstellung der „Roten Fahne“ bei dieser Arbeitslosendemonstration und wie sie auch anscheinend unser Bezirksverband Berlin-Brandenburg gehen will, die ich als unverantwortlich bezeichnen muß und unter keinen Umständen mitzugehen gewillt bin. Der größte Teil der gewerkschaftlich organisierten Kommunisten und alle, welche diese letzten Vorgänge mit erlebt haben, werden mit mir der gleichen Meinung sein; und bei diesen Vorgängen, welche in ihrer Auswirkung schlimmer sind als die Märzaktion dieses Jahres, den Mund zu halten und Disziplin zu üben, wäre Verbrechen an den Interessen des Proletariats und Verrat am Kommunismus. Peter Kaspar.

Da Kaspar nicht den Mund halten wollte, so hat ihn die KPD den Mund verschlossen. Er wurde nämlich ausgeschlossen, ohne auch nur angehört zu werden.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht an ihrer Spitze einen Aufruf der kommunistischen Gewerkschaftszentrale an die Bergarbeiter, über den Kopf der Gewerkschaftsleitung hinweg in einen zweitägigen Sympathietreff für die englischen Bergarbeiter einzutreten.

Natürlich geht es den Kommunisten nicht um die Sympathieumgebung für die „menschenwürdigen“ englischen Grubenproletarier, sondern um die Sprengung der deutschen Bergarbeitergewerkschaften und um die Entschärfung außenpolitischer Konflikte durch Nichterfüllung der deutschen Kohlenlieferungsverpflichtung.

### Es fracht weiter.

Während mit dem Fall Peter Kaspar sich eine Spaltung zwischen der KPD und ihren gewerkschaftlich tätigen Mitgliedern ankündigt, zeitigt auch der „Fall Levi“ neue Zerfurchungen. Die Zentrale hatte geglaubt, mit dem Ausschluß Levis und der Begnadigung der übrigen Sünder eine Ausdehnung dieses Spalts verhindern zu können. Lediglich geschlossen, tut er sich von neuem auf. Die Reichstagsabgeordneten der KPD, Dümmig, Düwell, Meyer und Adelf Hoffmann haben nämlich zusammen mit Paul Levi eine Anfrage im Reichstag unterschrieben. Die Zentrale erblickt darin die „herausfordernde Absicht“ einer Gruppe mißvergnügter Intellektueller (Adolf Hoffmann, wie wird Dir bei der Abstempelung zum Intellektuellen!), die Befehle der Partei „mit Füßen zu treten“. Sie hat daher ein Beschwerdeschreiben an die Reichstagsfraktion der KPD gerichtet, in dem das Verhalten der Genannten „als absichtlich e Betonung der Solidarität mit einem ausgeschlossenen früheren Parteimitglied“ getadelt wird.

Diese Sache ist nur ein Symptom. Wie die „Rote Fahne“ behauptet, planen Levi und seine Leute einen organisierten Vorstoß gegen die Leitung der Partei. Die „mißvergnügten Intellektuellen“ erdreissen sich sogar, in Levis Zeitschrift, diesen „Neuen Sozialistischen Monatsheften“, regelmäßig mitzuarbeiten, während sie einer Aufforderung der Parteileitung, für die offizielle Zeitschrift der KPD, die „Kommunistische Internationale“, zu schreiben, nicht nachgekommen sind. Die „Rote Fahne“ kündigt schärfsten Kampfs an. Die KPD sei keine menschenwürdige Organisation, die zu jeige wäre, vorhandene Gegensätze auszutragen. Von der Zentrale der KPD verlangt die „Rote Fahne“ den Disziplinbruch der vier Abgeordneten in gleicher Weise beantwortet wie den Disziplinbruch Levis. Also weiterer Herauspruch!

### Bayerische Sozialistenhaß.

München, 27. Juni (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Bayern geht die Hege gegen alles, was sozialistisch ist, durch Staatsbehörden und Presseorgane unerbittlich weiter. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bringen täglich einen Veltartikel des Hauptgeschäftsführers mit unerhörten Angriffen gegen die sozialistische Weltanschauung, Wirtschaftspolitik und die Persönlichkeiten der bayerischen Sozialistenführer. Der angeblich verbotene, aber unter Genehmigung der Polizeidirektion in ein andersbetiteltes Antisemitblatt umgewandelte „Bölkische Beobachter“ bringt ein unglaubliches Pamphlet über den Genossen Saenger, den es zu einer „jüdischen Sängerin“ des Hoftheaters in Verbindung setzt und zum Neurotiker stempelt. Das bayerische Volk habe letzten Endes die „Standale der beiden Liebenden“ zu bezahen. Die berühmte Eisenerstatue, die auch im Fall bereits herbeigeschwindelt wurde!

Das Bezirksamt Gonthofen verbietet dem Reichstagsabgeordneten Genossen Gruber die Abhaltung eines Vortrages mit dem Thema „Reichspolitik und Eintritt der Sozialdemokratie in den Reichsregierung“ für den Fall, daß der Vortrag eine direkte oder indirekte Verächtlichmachung der bayerischen Regierung enthalte, an der Ermordung Garais mitschuldig zu sein. So beweist die Regierung Rahr ihre „Unschuld“ und ihr gutes Gewissen!

Wie das „Kölner Tageblatt“ meldet, ist Landrat Scheller, bisher kommissarisch im preußischen Ministerium des Innern tätig, zum preußischen Gesandten in München ernannt worden.

### Das 51. Tonkünstlerfest zu Nürnberg.

Die alte deutsche Kunststadt Nürnberg hatte eine Woche lang, vom 13. bis 18. Juni, eine große Zahl deutscher Musiker bei sich zu Gast, die zusammengelassen waren, um den Uraufführungen der vom Allg. Deutschen Musikverein ausgewählten Werke beizuwohnen. Von unbedeutenden Musikern in veralteten Stilen an, über Gegenwartsmusik hin bis zu anscheinend dauernd wertvollen Werken war alles vertreten.

Freih Brandt genügte sich in seinem Streichquartett im Romantizismus des vorigen Jahrhunderts, H. R. Schmid hauchte seinem Werke, einem Streichquartett, noch manchen Liebreiz, manche Originalität zu allem, verbrauchtem ein, Heinz Bringsheim arbeitete formal geschickt mit schon wieder überholten neuen Klängen und fügte sie zu einem Rondo in A-Dur für kleines Orchester zusammen; Max Ettinger sucht das Licht im Osten und hielt die Trinksprüche des Omar Chajjam für die „Weisheit des Orients“, wie er sein großes Werk für Chor, Saal und Orchester nannte. Die Musik ist philosophisch, ernst und sucht sich weitgehend in den Text einzufügen, ist aber ohne Erfindung. Otto Laubmann versteht den Urteilen in einen starken menschlichen Konflikt, weil in seiner Symphonie, Op. 31, das gewollte Pathos, der Ernst der Persönlichkeit und die programmatische Idee, das große technische Können in tragischem Widerspruch zu der Musikalität, der formalen Konzeption, stehen. Das Werk wirkt unendlich lang. Derselben Kriterien unterliegt die Oper Max Wolfss: „Frau Berthes Gesperrgang“, ohne aber nach von dem Werte einer Persönlichkeit zusammengehalten zu werden.

Die Gegenwart zeichnet sich aus durch das Streben, irgendeinen tiefwurzelnden Schmerz durch Gestaltung zu überwinden, sich einer unennbaren Sehnsucht hinzugeben. Karl Salomon vertonte Verse des Michelangelo für Orchester und Bariton und ließ deren Schmerzgedruck als solchen bestehen, ohne wie Hugo Wolf es in seinen Liedern tun muß: Das Lied irgendwie durch die Musik metaphysisch zu erlösen. Ernst Koschenek steht mit seinem Streichquartett mitten in der Zeit. Aus einem Motiv heraus gestalten sich schreiende chromatische Themen, neues Rollen einer formalen Einheit steht vor uns. Im Schluß geht seine Musik in Religion über: Williges Ausweichen der Bewegung, Sonderbar Schmerzvoll umgebogen ist das Thema der „Overtüre zu einem höheren Spiel“ von Jos. Rosenfeld, einer flotten, sehr geschickt instrumentierten Arbeit. — Unserer Zeit steht wieder eine Insel offen: Poesie des Märchens und Welt der Dämmerung. H. Stamer umschloß Steinbergs „Schwanenweiß“ mit Musikvoll Stimmung und Klang. Neues in ihrer Art bieten die Männerchöre von E. N. D. auf Letzte des Arbeiterdichters Karl Brö-

ger in ihrer polyphonen Gestaltung und tiefen Naturstimmung. Aufführung und Komponist fanden großen Beifall.

Die Hauptfolge des Festes errangen Heinrich Kaminski und Wih. Petersen. Petersen stellte mit seiner dreifachen G-Roll-Symphonie sein aus tiefstem Grunde geschöpftes Werk vor den Hörern. Auch hier überwältigt der Schmerz immer wieder den in sich Geschlossenen, und die Musik scheint an irgend etwas Rätselvolles, Bergeseenes zu mahnen. Erster und zweiter Satz bilden eine starke Einheit, der zur Erlösung führende dritte befriedigt nicht ganz. Petersen vereint in seinem Werke das Intellektuelle des polyphonen Hörens mit der sinnlichen Schönheit des Klanges. Der Erfolg war ein ganz spontaner. Kaminski 60. Psalm geht den Worten folgend von tiefstem Leid zu jubelnder Freude. Die Musik ist rein linear, von großem Adel der Linien, überwältigend im Aufbau. Sein Schaffen ist Bifion, die jeden fortreißt. Dies befähigt der außerordentliche Erfolg.

Mit diesem Werk ward das Fest würdig beschlossen. Außer den Dirigenten: Rob. Hege und Aug. Scharrer, die in diesen Tagen Gemächtig leisteten, gebührt der Dank der Besucher wie der Komponisten ebenso der trefflichen organisatorischen Tätigkeit von Ferd. Meister, E. Hoffen.

Eine Akademie für Esperanto! Die französische Akademie der (Natur-)Wissenschaften hat sich zu der Frage der Einführung einer Welt-Hilfssprache geäußert. 21 von 40 Mitgliedern haben eine Rundgebung erlassen, in der es u. a. heißt: In der Ueberzeugung, daß die Aufnahme der Hilfssprache Esperanto in die internationalen Beziehungen vom Gesichtspunkte des Fortschrittes der Wissenschaften und ihrer Anwendungen Folgen von unermeßlicher Bedeutung nach sich ziehen würde, drücken sie den Wunsch aus, daß 1. der Unterricht in dieser Sprache, einem Meisterwerk der Logik und Einfachheit, wenigstens nachweise in die Programme der naturwissenschaftlichen Klassen aller Schulgattungen aufgenommen werde. 2. Esperanto bei internationalen Kongressen als amische, den Nationalen Sprachen gleichberechtigte Sprache zugelassen werde. 3. Die Aufmerksamkeit der Leiter der naturwissenschaftlichen Verlage auf die Bedeutung dieser Sprache hingelenkt werde. 4. Von nun an die Männer der Wissenschaft und der Technik sich darauf vorbereiten, Esperanto bei ihren Beziehungen zu ihren ausländischen Fachgenossen zu verwenden. 5. Ein Ausschuss niedergesetzt werden möge, der die Wörterbücher für die reinen Naturwissenschaften vorbereite und ausarbeite, und daß die Verträge der Techniker veranlaßt werden, für ihre Bücher dasselbe zu tun.

Das neue Spieljahr der Volksbühne. Der Mitglied der Volksbühne bleiben will, muß in diesen Tagen seine Mitgliedskarte zum Umtausch abgeben.

Vorstand und künstlerischer Ausschuss der Volksbühne hoffen, den Mitgliedern im kommenden Spieljahr ein im allgemeinen besseres Repertoire bieten zu können als bisher. Auf die weitere Inanspruchnahme des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theaters und des

Theaters des Westens ist verzichtet worden. Dagegen wird in der nächsten Spielzeit in weitgehendem Umfange den Mitgliedern das Rathalla-Theater erschlossen werden. Dort wird eine neue Direktion ein Repertoire von Spielern und klassischen Operetten pflegen. Die Leitung der Volksbühne hat sich einen starken Einfluß auf den Charakter der Aufführungen ausbedungen. Vor allem aber sollen in der nächsten Spielplan auch schon Vorstellungen in der Volksbühne am Königsplatz, der bisherigen Krolloper, den Mitgliedern zuteil werden, wenn auch erst vom März 1922 an. Hier werden die künstlerischen Kräfte der beiden Staatstheater Opern- und Schauspielaufführungen veranstalten.

Den Mitgliedern wird auch wieder eine Reihe wertvoller Konzerte, Vorträge usw. zugänglich gemacht werden. Auch die Jugendvolksbühne wird — auf verbesserter Grundlage — fortgeführt werden.

Es ist möglich, den Mitgliederkreis, der in diesem Jahr auf 140 000 beschränkt bleiben mußte, für das nächste Jahr wieder etwas zu erweitern. Jedoch ist diese Erweiterungsmöglichkeit an sehr enge Grenzen gebunden. Interessenten können bereits eine Voranmeldung einreichen.

Den gesteigerten Unkosten der Verwaltung entsprechend ist das Eintrittsgeld für neue Mitglieder auf 5 M. festgesetzt.

Vom nächsten Spieljahr ab werden bei jeder Beitragszahlung 50 Pf. Baukostenzuschlag erhoben, die zur Abtragung der Kosten für den Umbau der Krolloper dienen sollen.

Ein lächelndes Gesicht gefällig? Die Verschönerungskunst, die dem Menschen bereits von Natur aus mißlungene oder durch Alter enstehende Organe verbessert, die Runzeln glättet, die Rösen aus dem Orientalischen ins Griechische überföhrt, Klümpchen erzeugt, wo sie fehlen, hat ein neues Arbeitsfeld gefunden. Wie die amerikanischen Blätter mitteilen, hat sich eine gelehrte Schönheit der amerikanischen Gesellschaft einer eigenartigen Operation unterzogen. Es wird durch einen geschickten Schnitt, der so vernäht wird, daß es nicht sichtbar ist, dem Munde jener anmutige Schwung gegeben, den man als „Bogen des Cupido“ bezeichnet. Dadurch wird ein verführerisches Lächeln auf dem Antlitz hervorgezaubert. Vielleicht werden auch Gräbchen an gewünschten Stellen anoperiert. Die Schönheit, die früher ein Naturgabe war, wird also immer mehr ein Produkt der Technik — für die, so es zahlen können.

75 Pl. für ein Lamm. Australien leidet gegenwärtig unter erschwerlicher Dürre. Die Folge ist, daß die Landwirte, besonders die Schafzüchter, alles tun, um ihr Vieh loszuwerden, für das sie kein Futter schaffen können. So hat man in der letzten Zeit große Lämmer für neun Schilling des Duzend kaufen können. Man kann also in Australien ein großes Lamm für 75 Pf. Friedenswährung kaufen, ja manchmal sogar noch billiger. Bezeichnend ist folgende kleine Geschichte, die australische Blätter erzählen: Ein Mann kam aufs Land hinauszu fahren und besaß eine Schafherde. Diejen gab er sechs Keptel und erhielt dafür drei Lämmer.

Berliner Sängerbund nach Nordamerika. Der Berliner Sängerbund hat eine Einladung zu einer Konzertreise nach Nordamerika angenommen.







